

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.  
Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
Innereuropäischen Verkehr 1950.— einschl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 25 M. : Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Direction d. Discountes, Zweigst. Wildb.  
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren  
Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—, u. Reklame-  
zeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Ausfertigung werden  
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konfurs-  
fällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 20

Februar 1923

Wildbad, Donnerstag, den 25. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

## Das Urteil gegen die Zechenbesitzer!

### Das Kriegsgericht in Mainz

Mainz, 24. Jan. Heute vormittag 9 Uhr begann in dem geräumigen Schwurgerichtssaal des Justizgebäudes die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die Industriellen und Zechenvertreter des Ruhrgebiets. Der Zuhörerraum war in wenigen Minuten überfüllt. Eine große Zahl von Zeitungsverkäufern, namentlich auch aus dem neutralen Ausland, ist anwesend. Kurz nach 8 Uhr nahm eine Abteilung französischer Infanterie mit aufgeschlagenem Seitengewehr vor dem Gebäude Aufstellung.

Der Gerichtshof setzt sich zusammen aus dem Oberstaatsanwalt de Ragny als Vorsitzenden, einem Major vom 510. Landregiment, einem Kapitän vom 31. Artillerieregiment und einem Leutnant vom 30. Trainregiment. Vertreter der Anklage ist Militärstaatsanwalt Babin. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Grinm-Essen, Dr. Neumann-Mainz und Beclere-Rancy. Schweigen herrscht im Saal, als die „Angeklagten“ unter militärischer Bedeckung erscheinen. Erhobenen Hauptes nehmen sie auf der Anklagebank Platz und mit fester Stimme geben sie Antwort auf die Frage nach ihren persönlichen Verhältnissen. In ironischer Weise verbessert Assessor Delle den schlecht übersetzten Dolmetscher. Rechtsanwältin Dr. Grill beantragt Unzuständigkeitserklärung des Gerichts aus den bekannten formellen juristischen Gründen. Demgegenüber ist der Militärstaatsanwalt Babin der Ansicht, daß das Militärgericht zuständig sei. Der Gerichtshof erklärt sich nach einer Beratung von 8 Minuten für zuständig. Angesichts der durch die Enschädigungskommission festgestellten absichtlich e n Verfehlungen Deutschlands, die der „respektiven“ Regierung völlig freie Hand zur Ergreifung jeglicher Maßnahmen Deutschland gegenüber geben, sei nach dem Völkerrecht die Befehung des Ruhrgebiets zehnmäßig, also auch die Anordnungen der Befehungsbehörde. Für die Ueberbreitung solcher Anordnungen sei daher das Kriegsgericht zuständig.

Es findet darauf das Verhör der einzelnen Angeklagten statt, zunächst das von Frh. Thyssen. Bei dem Verhör geben die Angeklagten eine Schilderung der bekannten Vorgänge. Alle betonen ihre unentwegte Enschlossenheit, von niemanden Weisung entgegenzunehmen und zu befolgen, die den Interessen ihres Vaterlandes zuwiderläufe. Wir werden der deutschen Regierung die Treue wahren. Wir wollen nie und nimmermehr gegen die Interessen unseres Vaterlandes handeln. Nichts in der Welt kann uns veranlassen, gegen unser Land zu handeln. Das sind die Worte, die immer wieder erklingen und die trotz der störenden Bajonnette vom Zuschauerraum mit Beifall begrüßt werden.

Berschiedene Zeugen bestätigen, daß Anweisungen bestanden, die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien gegen die zugesagte Bezahlung wieder aufzunehmen, daß aber sämtliche Lieferungen sofort eingestellt worden seien, als das Verbot des Reichskohlenkommissars erschien. Der Sohn des einen Angeklagten, des Generaldirektors Wüstenhöfer bittet, ihn an Stelle seines alten Vaters festzusetzen. Direktor Dr. Späning von den Thyssenwerken erklärt mit lauter Stimme, er habe, als er zu einem juristischen Gutachten aufgefordert worden sei, sofort darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr schwer für einen Juristen sei, ein solches Gutachten zu erlassen, weil es bisher noch nicht vorgekommen ist, daß ein Heer sich im Frieden in ein anderes Land begibt. Der Vorsitzende verbietet dem Zeugen weitere derartige Ausführungen.

Militärstaatsanwalt Babin vertritt in der Anklage-rede die Ansicht, daß die Befehung des Ruhrgebiets durch die Franzosen durch den Versailler Vertrag gerechtfertigt sei. Die Verordnungen des Generals Degoutte beständen zu Recht und seien rechtswirksam für alle Einwohner des besetzten Gebiets. Die Angeklagten hätten sich dadurch schuldig gemacht, daß sie einem ihnen ausdrücklich gegebenen Befehl keine Folge geleistet hätten. Darüber hinaus hätten sie gegen eine dem internationalen Recht unterstellte Verpflichtung Deutschlands verstoßen, denn sie seien zwar Privatleute, die von ihnen bewerkstelligten Kohlenlieferungen für Reparationszwecke hätten aber nicht auf privaten Handelsabmachungen beruht, sondern sie hätten dabei im öffentlichen Dienst gestanden. Die Aufrechterhaltung dieses öffentlichen Dienstes in vollem Umfang habe General Degoutte in seiner Proklamation bei der Befehung des Gebiets besonders gefordert. Zugaben müsse man, daß die deutsche Regierung dem Angeklagten tatsächlich den Befehl gegeben habe, keine Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien zu machen. Die deutsche Staatsregierung habe kein Recht, die Angeklagten

### Tagespiegel

Die Zechenbesitzer standen vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee in Mainz und wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Nach französischen Blättermeldungen beabsichtigt Frankreich, sich 2 Jahre im Ruhrgebiet militärisch festzusetzen und die wirtschaftliche Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland durchzuführen.

Zu diesem Zweck wird die militärische Besetzung verstärkt, darunter durch drei französische Flugzeuggeschwader, aber auch Zollbeamte in großer Zahl sind an die Ruhr entsandt, zwecks Errichtung einer Zolllinie.

Die 600 000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets haben an den französischen General Degoutte ein Ultimatum gerichtet, in dem sie bei Nichtbeachtung ihres Einspruchs gegen die Verhaftung der Industriellen den Generalsirek androhen.

Die Reichsregierung lehnt alle Vermittlungsversuche in der Ruhrfrage ab, solange die Ruhrbesetzung und die Pfändervollstreckung besteht.

Der amerikanische Senator Borah forderte im Senat eine sofortige Intervention Amerikas in der Ruhrbesetzung.

zur Nichtablieferung der Kohlen anzuhalten, da dies gegen die übernommenen Verpflichtungen verstoße. Die moralische Verantwortung für die Vergehen der Angeklagten trage die Reichsregierung. Das könne strafmildernd berücksichtigt werden. — Auf Antrag der Verteidigung wird die Verhandlung um 11.10 Uhr auf 2 1/2 Uhr nachmittags vertagt.

### Das Urteil.

Mainz, 24. Jan. Ab 3 wurde nach einer Unterbrechung der Verhandlungen das Urteil verkündet. Die Hauptschuldfrage wurde verneint, dagegen wegen Verstoß gegen einen Requisitionsbefehl auf folgende Geldstrafen erkannt:

Frh. Thyssen 500 000 französische Franken,  
Generaldirektor Reiten 15 632 Franken,  
Direktor Diffe 224 066 Franken,  
Generaldirektor Tengelmann 6020 Franken,  
Generaldirektor Spindler 47 752 Franken,  
Generaldirektor Wüstenhöfer 8646 Franken.

Im Anschluß an die Urteilsverkündung begann die Verhandlung gegen Dr. Schludius und Geheimrat Raiffeisen.

Dieses französische Urteil, das jeder Gerechtigkeit Hohn spricht und überhaupt keine Rechtsgrundlage hat, zeigt deutlich die Raubgesinnung Frankreichs. Es will Geld. Die Verurteilung von Thyssen zu 500 000 französischen Franken bedeutet eine Summe von rund 700 Millionen M. nach der heutigen Valuta. Es ist kein Zweifel, daß diese Summe nicht bezahlt wird. Aber Frankreich will damit nur Vorwände für Eingriffe in das Privatvermögen der Zechenbesitzer schaffen. Andererseits zeigt die Erkennung auf Geldstrafen, daß das Ultimatum der Bergleute, bei Nichtfreilassung der Zechenbesitzer in den Streik zu treten, doch gewirkt hat.

### Der Krieg ohne Blut

#### Die deutschen Gegenschläge

Der deutsche Krieg gegen den französischen Raubzug ins Ruhrgebiet wird mit unblutigen Waffen geführt. Die Waffen sind nicht stumpf, und ihr Erfolg tritt bereits deutlich in Erscheinung. In sämtlichen Berliner Hotels weigert sich das Personal, Franzosen oder Belgier zu bedienen. In den Gastwirtschaften geht kein Kellner an einen Tisch, an dem sich Vertreter dieser beiden „Siegernationen“ niederlassen. Viele suchten dann Unterkunft in Pensionen und

Privatlogis. Aber auch hier herrscht fast durchweg enge Ablehnung. Infolgedessen haben die in Berlin weilenden französischen und belgischen Staatsangehörigen, soweit sie nicht noch durch Amt und Pflicht zurückgehalten sind, die „ungastliche“ Hauptstadt der verachteten Vöcher verlassen und, da der Krieg ohne Blut jetzt im ganzen Reich geführt wird, suchen sie wohl schleunigst ihr Heimatland auf. Dort mögen sie erzählen, daß der deutsche Widerstand eisern und unerbittlich ist. Er wird in den nächsten Tagen zunehmen und nach immer neuen Waffen suchen.

Schon ist ja der Boykott französischer Waren im vollen Gang. Der deutsche Käufer von Weinen, Äpfeln, Toilette- und Modedartikeln vergewissert sich jetzt genau, ob die Ware, die er erwirbt, nicht aus Frankreich oder Belgien stammt. In den meisten Geschäften ist diese Vorsicht bereits überflüssig geworden. Die Kaufleute bieten solche Waren nicht mehr an. Am Mittwochabend wird der Verband der Berliner Spezialgeschäfte über ein einheitliches Vorgehen beschließen, und dieser Beschluß wird in ganz Deutschland ein bereitwilliges Echo finden. Gewiß ist das alles an sich nur ein schwacher Gegenhieb auf den französisch-belgischen Rechts- und Friedensbruch, aber man kann auch von diesen Maßnahmen, wenn sie nur einheitlich und energisch durchgeführt werden, sagen: Steter Tropfen höhlt den Stein. Die Regierungen der Betroffenen werden bald einsehen, daß es so nicht weitergehen kann, daß jeder friedliche wirtschaftliche Verkehr mit Deutschland unmöglich wird. Das Militärkommando der Verbandskommission in Berlin hat verfügt, daß die Offiziere und Soldaten der hier stationierten Verbandsgruppen in der Öffentlichkeit nicht erscheinen dürfen. Also auch die Amispersonen des Verbands sind nur noch verkleidet in Deutschland. Sie verdanken diesen wenig angenehmen Zustand dem Krieg, den Herr Poincaré vom Jaun gebrochen hat.

Soweit der private Krieg, der nichtamtliche Kampf. Von den Maßnahmen, die die deutsche Regierung trifft, um den feindlichen Gewalttätigkeiten zu begegnen, sind zwei neue hervorzuheben: Einmal die Ankündigung, daß Staat, Industrie und Publikum für die in Streik geratenden Bergarbeiter sorgen werden. Die Weiterlöhnung ist gesichert. — Sodann das Verbot an die deutschen Mitglieder des Pariser Ausgleichsamts, fernerhin an den Abrechnungen mit Frankreich und Belgien teilzunehmen. Jede Beziehung zu den Friedensbrechern, die sich auf den Versailler Vertrag stützen könnten, wird abgebrochen. Die Begründung: Ihr habt es so gewollt, denn ihr habt den Friedensvertrag zerrissen.

Der wirksamste Schritt, der bisher deutscherseits getan wurde, ist zweifellos die Streikdröhung der Bergarbeiter und die Zusicherung der Weiterlöhnung durch Regierung und Volk. Auf einen solchen, großzügig organisierten Widerstand hat sich die französische Regierung offenbar nicht vorbereitet. Bei den Verhandlungen in Essen hat der bestürzte General Simon die Bergleute himmelhoch, sie sollten doch ja nicht streiken oder gar Sabotage verüben, dann werde sich alles finden. Die französischen Eroberer versuchen es also den Arbeitern gegenüber mit dem Zuckerbrot der Anbiederung während sie gegen die Zechenbesitzer die belgische feilscher Mißhandlung anwenden. Für den deutschen Gegenkrieg gibt es da nur eine Parole: Die Nerven behalten! Schon äußert sich die Pariser Presse recht klarsichtiger über die drohende Streikbewegung, und Poincaré muß alle Künste der Phantasie und Ueberredung anwenden, um seine Zeitungen bei der Stange zu halten. Er verspricht, die 450 000 deutschen Ausständigen, wenn es sein muß, durch polnische, italienische und tschechoslowakische Arbeiter zu ersetzen. Er behauptet, das deutsche Kohlenreich mit seinen 80 oder 100 Ingenieuren verwalten zu können (während bisher 30 000 deutsche Ingenieure nötig waren, die Kohlenförderung im Ruhrgebiet zu leiten!). Alles Spiegelschmerz, die den geheimen Wunsch nach Verhandlungen noch verschleiern soll. Beginnen aber einmal die Verhandlungen, so hat Deutschland diesen Krieg ohne Blut gewonnen!

—er.

## Die Komödie der Zahlungsfrist

Das Pariser „Journal des Débats“ weilt über den neuen Plan Poincarés der zweijährigen Zahlungsfrist und ihren Bedingungen zu berichten: Anstatt der Barzahlungen für die beiden Jahre soll Deutschland eine innere Anleihe von drei Milliarden Goldmark auflegen, von der 500 Millionen zur Festigung der Mark, eine Milliarde für Barzahlungen und 1½ Milliarden für Sachlieferungen verwendet werden sollen. Deutschland hat ferner in diesen „Frühjahren“ die restlichen Zahlungen für 1922 zu leisten und die Ausgleichszahlungen, die „Restitionen“, Requirierungen und Beschlagnahmungen des Besatzungsheeres fortzusetzen. Alle Schulden der Reichs- und der Bundesstaaten sollen in eine ewige Rente umgewandelt werden. Das Reich wird gezwungen, ein Tabak-, Zinn-, Holz-, Salz-, Zucker-, Erdöl- und Eisenmonopol zu schaffen, die ebenso wie die Eisenbahn und andere staatliche Betriebe, Staatstheater, Staatswälder und Staatsalpengebiete verstaatlicht werden. Ein bestimmter Teil der Pachtmaßnahmen soll zur Bezahlung der Kriegsschuldigung verwendet werden. Die Reichsregierung soll ferner gezwungen werden, ein Viertel des gegenwärtigen Werts aller privaten geschäftlichen und industriellen Unternehmungen und aller beweglichen Werte zu beschlagnahmen und Bürgschaft leisten, daß die gegenwärtige Pfänderpolitik Frankreichs ungeändert fortbestehen kann. Außerdem soll dem Garantieauschuss (der Unterabteilung der Entschädigungskommission) der ganze Ertrag der Kohlensteuer und der Ausfuhrsteuer ausgeliefert werden.

Man möchte gerne wissen, was dann noch dem Reich überhaupt verbleiben soll, wenn es etwa die Absicht haben sollte, auch künftighin Schulen, Kirchen, öffentliche Gesundheitspflege und die soziale Beschäftigung für die deutschen Arbeiter aufrecht zu erhalten. Ein Wahnsinnsplan dieser Art kann natürlich von keiner deutschen Regierung angenommen werden, ganz abgesehen davon, daß man eine widerliche Komödie spielt, wenn man derartige Pläne aufzwingen will und noch den Mut hat, von einer „Bewilligung einer Zahlungsfrist“ zu reden.

## Was man von der Zwangsanleihe wissen muß

1. Die Vermögenssteuererklärung für die Veranlagung der Zwangsanleihe und gleichzeitig auch für die erste Veranlagung der Vermögenssteuer muß im Monat Februar 1924 abgegeben werden.

2. Gleichzeitig, spätestens aber bis zum 23. Februar 1923, müssen zwei Drittel der gesamten Zwangsanleihe von dem in der Vermögenssteuererklärung angegebenen Vermögen oder, wenn eine Vermögenssteuererklärung nicht abgegeben ist, von dem auf den 31. Dezember 1922 schätzten Vermögen im voraus gezahlt werden.

Der Zeichnungspreis der Zwangsanleihe beträgt, wie in den Monaten Oktober bis Dezember 1922, auch im Januar und Februar 1923 100 Prozent des Nennwerts; für Zeichnungen nach dem 28. Februar 1923 erhöht sich der Zeichnungspreis für jeden angefangenen, dem Monat Februar 1923 folgenden Monat um 10 Prozent des Nennwerts; er beträgt also z. B. im März 110 Prozent, im Juni 140 Prozent und im September 170 Prozent.

3. Um dem Steuerpflichtigen die Bewertung nach Möglichkeit zu erleichtern, werden die Bewertungsrichtlinien ebenso wie der Tarif den Vordruck für die Vermögenssteuererklärung beigegeben werden. Wertpapiere, die in Deutschland einen Kurswert haben, sind mit Durchschnittskursen zu bewerten, die ermittelt werden aus der durch drei geteilten Summe der Kurse am Ende der ersten Hälfte der Jahre 1920, 1921 und 1922 einerseits und aus den Kursen vom ersten Börsentag des letzten Vierteljahres des Kalenderjahres andererseits. Nach den gleichen Grundsätzen sind die Verkaufswerte von inländischen Wertpapieren ohne Kurswert zu ermitteln. Für diese Wertpapiere werden Steuerkurse bzw. Steuerwerte festgelegt, die voraussichtlich Ende Januar 1923 im Reichsanzeiger bekanntgegeben werden. Für junge Aktien, die am 31. Dezember 1922 noch nicht an einer deutschen Börse zugelassen sind, ist als Steuerwert der Steuerkurs der alten Aktien abzüglich 10 Proz. anzusetzen. Im übrigen ist eine Verordnung über die Berechnung der Durchschnittskurse für diejenigen Wertpapiere erlassen, die an einem oder an allen der für die Durchschnittsberechnung maßgebenden Stichtagen (30. Juni 1920, 1921, 1922, 3. Okt. 1922) noch nicht vorhanden waren (weil die Aktiengesellschaft an

dem betreffenden Stichtag noch nicht bestand), oder zwar vorhanden, aber noch nicht in den Verkehr gebracht waren. Ferner wird bis zum Ende Januar 1923 auch ein Steuerkurs für die Zwangsanleihe festgestellt werden. Demnach haben die Pflichtigen die Möglichkeit, sich im allgemeinen ohne Schwierigkeit zwei Drittel der Zwangsanleihe, die mit Abgabe der Steuererklärung entrichtet werden müssen, zu errechnen.

## Die Arbeitslosigkeit in England

### Was England an Kriegsschuldigung zahlen könnte

In voriger Woche war eine Abordnung des allgemeinen Rats des englischen Gewerkschaftsverbandes bei dem Ministerpräsidenten, um ihn zu bestimmen, das Parlament unverzüglich zur Besprechung der Arbeitslosigkeit in England einzuberufen. Bonar Law ging auf den Wunsch nicht ein, wohl aus politischen Erwägungen, denn es wäre unvermeidlich gewesen, daß seitens der Arbeiterpartei und der liberalen Opposition Dinge zur Sprache gebracht worden wären, die dem lieben Verbündeten in Paris sehr unangenehm in den Ohren klingen würden. Die immer noch erschreckend hohe Arbeitslosigkeit wird von jedem einsichtigen Engländer mit vollem Recht auf den unangenehmen Vertrag von Versailles und die französische Politik zurückgeführt, und die Arbeitervertreter wiesen den Ministerpräsidenten deutlich darauf hin, welche Unsummen diese Dinge dem britischen Staat und den Gemeinden kosten. Sie führten aus, Staat und Gemeinden haben jährlich annähernd 100 Millionen Pfund Sterling wegen der Arbeitslosigkeit auszugeben. Die Armenlasten der Gemeinden betragen z. B. 1913/14 12 Millionen Pfund, 1920/21 32 Millionen und 21/22 41 Millionen und sie werden im laufenden Finanzjahr nicht unter 40 Millionen Pfund bleiben. Sechs Gewerkschaften hatten bei einer Mitgliederzahl von 1 065 975 während der letzten zwei Jahren für Arbeitslose 4½ Millionen Pfund aufzubringen.

Bonar Law antwortete, es seien Zeichen der Besserung vorhanden, womit er neben dem neuesten Aufschwung der Kohlenausfuhr die Tatsache meinte, daß der Wert der britischen Exporte den der Importe nur um 179½ Millionen Pfund überstieg, während in 1921 und 1922 375 Millionen in 1920, 1921 und 1922 die „unerschöpfliche Ausfuhr“ England aus Auslandsgütern, — nach der Berechnung der „Times“ — eine Einnahme von 1,1 Millionen Pfund, der Gewinn aus Bond- und Versicherungsgeschäften sowie von 30 Millionen und die britische Schiffahrt an Frachten usw. von 120 Millionen Pfund brachte, so hätte das britische Auslandsgeschäft im letzten Jahr mit einem Gewinn von 90½ Millionen Pfund (270 weniger 179½) abgeschlossen. Das will heißen, daß das reiche Großbritannien, das nicht ausgeplündert wurde, dem man nicht seine Auslandsgüter, Schiffe, Kolonien usw. raubte, höchstens eine Kriegsschuldigung in diesem Betrag d. h. 181 Millionen Goldmark im Jahr bezahlen könnte. — Von dem ausgeplünderten Deutschland aber verlangt das Londoner Ultimatum 2½ Milliarden Goldmark, oder — die Franzosen überziehen Deutschland aufs neue mit Krieg.

## Weitere Kriegsmassnahmen

### Das Poincaré vorhat, um den deutschen Widerstand in drei Wochen zu brechen

Paris, 24. Jan. Das „Echo de Paris“ schreibt — offenbar in amtlichem Auftrag: Solange der Generalfreist drohte, war die völlige Abschließung des Ruhrgebietes eine Strafmaßnahme gegen die Auflehnung gedacht. Nachdem die Gefahr des Generalfreist beseitigt ist und wir darauf verzichten haben (verzichten mußten! D. Schr.), Kohlenzüge und Kohlenzüge nach Frankreich zu führen und die Staatsgruben zu beschlagnahmen, ist die Abschließung des Gebietes ein Mittel geworden, zum Ziel zu gelangen und die Früchte unseres Unternehmens zu ernten: die deutschen Arbeiter zu zwingen, für die Kriegsschuldigung zu arbeiten. Vorerst bereiten wir uns noch vor. Die Gruppen werden umgruppiert; die Ernährung wird geordnet; die Schaffung einer besonderen Geldwährung ist in Vorbereitung. In wenigen Tagen wird alles geschehen sein. In drei Wochen glaubt die Regierung den deutschen Widerstand erledigt zu haben. Die Eisenbahn soll militärisch betrieben und verwaltet werden. Hunderte von Rotten französischer Eisenbahnarbeiter werden nach Essen geschickt. Auch eine Verstärkung des Be-

setzungsheers wird vorbereitet, um der Ingenieurkommission die nötige Hilfe zu leisten. Nach dem „Deuore“ werden von Lyon sofort drei Flugzeuggeschwader ins Ruhrgebiet abgehen.

### Die Annahme verweigert

Paris, 24. Jan. Das Ministerium des Neufors hat dem deutschen Geschäftsträger Herrn von Rößler die Einpruchsnote wegen der Ermordung des Krankenwärters Kowalski in Bochum mit dem Bemerkens zurückgeschickt, das Ministerium (Poincaré) lehne ein Schreiben ab, das in solchen Ausdrücken abgefaßt sei. — So drückt man sich am besten von der peinlichen Angelegenheit.

Einige Pariser Blätter verdächtigen Deutschland, die Ermordung des Figaro-Schriftleiters Plateau durch die Anarchistin Berton veranlaßt zu haben. — Das Pariser Publikum muß doch in deutschfeindlicher Erregung gehalten werden!

Um den Mord zu rächen, zogen einige hundert Königs-treue in die Druckerei des Kommunistenblatts „Deuore“ und des „Populaire“ und vernichteten 8 Setzmaschinen vollständig. In der Schriftleitung der „Eve Nouvelle“ wurden die Räume verwüstet, die Scheiben eingeschlagen und alle Papiere vernichtet. Der Versuch, auch in die „Humanité“ einzudringen, wurde von einem Polizeiaufgebot verhindert.

### Sie fürchten die Rache

Langendreer, 24. Jan. Das hier liegende Infanterieregiment von dem ein Wachtposten den Krankenpfleger Kowalski erschossen hat, ist nach Haltingen verlegt worden.

### Vermittlungsversuche

Berlin, 24. Jan. Nach amtlicher Mitteilung sind von verschiedenen Seiten Versuche oder Anregungen gemacht worden, den Taten des Unrechts und der Gewalt im Ruhrgebiet gütlich ein Ende zu machen. Die Reichsregierung sei bereit, den Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen, so gut sie könne. Solange aber französisch-belgische Truppen im wirtschaftlichen Mittelpunkt Deutschlands stehen und die verhängswidrigen Maßnahmen auch auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheine ein Verhandeln über die Entschädigungen schon technisch unmöglich; sie konnten auch unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die für das deutsche Volk annehmbar und für Europa befriedigend wären. Bismarck müßte auf jede „Sanctions“ und Pfänderpolitik verzichten und Deutschland Gelegenheit gegeben werden, gleichberechtigt und unbehindert mit der Gegenseite zu verhandeln. Die Reichsregierung könne nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien zu veranlassen, Unternehmungen aufzugeben, die ihnen niemals Sicherheit, oder Werte verschaffen, sondern nur zwecklose Lasten aufbürden, dagegen Deutschlands Leistungsfähigkeit bis zur Vernichtung herabdrücken und Europa in eine immer ernstere wirtschaftliche Katastrophe hineinziehen.

### Reichsminister und Gewerkschaften

Berlin, 24. Jan. Reichsminister Cuno hatte gestern nachmittag eine mehrstündige Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften über die Lage. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen wurde volle Einigkeit erzielt. Verschiedene Anregungen werden von den zuständigen Stellen verfolgt werden.

Die Franzosen haben im Ruhrgebiet und im Rheinland wieder mehrere Verhaftungen und Ausweisungen leitender Persönlichkeiten vorgenommen.

### Reichsversammlung für die Ruhr

Berlin, 24. Jan. Die Reichsregierung wird eine allgemeine Sammlung für das Ruhrgebiet im ganzen Reich veranlassen.

Auf dem Landestag des Reichs-Landbundes für die Provinz Sachsen, der in Halle stattfand, wurde eine Sammlung für das Ruhrgebiet veranstaltet, die ein Ergebnis von 13 Millionen Mark hatte.

### Der Boykott

Berlin, 24. Jan. Die Hauptgemeinschaft der Gasthof- und Wirtschaftenverbände Deutschlands hat beschlossen, den Boykott der Franzosen und Belgier streng durchzuführen, keine Angehörigen der feindlichen Staaten in Wohnung zu nehmen und Bezahlung in fremdem Geld zurückzuweisen.

## Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

37.

(Nachdruck verboten.)

Es war der letzte Anprall des Sturmes gewesen, der nun die Flügel sinken ließ — und die Bewegung in Wildi's Innern ließ nach und wurde zu einer Betäubung, welche der Ruhe gleich, in welcher endlich die Gegenwart ihr Recht behauptete und Vergangenheit und Zukunft in tiefem Schlafe in einander verrienen ließ.

Der Morgen traf Wildi bereits über der Ausführung der Vorläufe des gestrigen Tages. Der Gang zum Pfarrer war getan, und der Pfänder hatte bereits seinen Umgang angetreten. Wildi ging dann selbst auf den Viehlauf; Beide mit ersprießlichem Erfolge: weder die Scheu vor dem halbgebannten Verbrecher, noch die Gelpensfurcht hielt vor dem Gelde Stand, das Einer wie der Andere freigiebig bot und gab. Schon am andern Tage waren viele Hände im Himmelmoos beschäftigt, und zwischen den Arbeitern schritt der neue Bauer hin und wider, der inzwischen nicht um Tage, sondern um Jahre gealtert schien; so ernst, so wortkarg ging er einher. Es war etwas in ihm, was den Diensthöfen wie auch den anderen Leuten eine Art Scheu einflößte. Man ließ ihn gehen und gewähren und raunte sich höchstens zu: „Der greift's scharf an. Wollen sehen, wie lange das geht. Auf die Dauer kann er das Gewissen doch nicht totschlagen.“

So war der Oktober zu Ende gegangen, und der November brachte das Fest Allerheiligen und mit ihm den Allerfeiertag, den Tag, an dem jedes Haus seiner Toten gedenkt und Jedermann auf den Kirchhof geht, um die Gräber seiner Lieben zu schmücken und sich Gedanken darüber zu machen, wann und wie es wohl kommen werde, daß man unter den Hügeln, die man jetzt ziert, selber begraben liegt. Es ist nicht bloß ein sinniges, sondern auch ein schönes Fest, und es bietet einen lieb-

lichen Anblick, wenn die Gräber, welche das Jahr hindurch über den vielen Geschäften des Hauses und über der Arbeit im Felde ziemlich in Vergessenheit gerieten, den Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit bilden. Die eingesunkenen Hügel werden aufgerichtet und neu geformt, die wankenden Kreuze befestigt, die vom Regen verwischene Inschriften übermalt und die verdorrten Kränze gegen neue vertauscht. Am Tage vor Ostern werden die Hügel geziert, wie es zu so späterer Zeit möglich ist.

Der Tag neigte sich stark zu Ende. Es war schon so dümmlich, daß die meisten Gräber bereits von ihren Besuchern verlassen waren und daß man ebenso die Schmuckgegenstände und Lichter, welche man nicht dem Ungemach der Nacht aussetzen wollte, bereits befestigt hatte. Scharf war es auf dem Gottesacker, nur der Hahn auf dem Turme pfiff manchmal im Winde. Aus den Kirchenglocken leuchtete der matte Schein der ewigen Ampel, und nur in einer Ecke der Kirchhofswand kämpften noch einige kleine herabgebrannte Lichter mit der Nachtlust um ein kurzes Dasein.

Es war die Ecke an dem kapellenartigen Vorsprunge der Kirche, in welchem sich ein verfallener, selten benutzter Altar befand, unter welchem und um den herum die Schädel und Gebeine derer aufgeschichtet waren, die man wieder ausgegraben hatte, weil sie im Laufe der Zeit ihre für so sicher gehaltenen letzte Ruhestätte wieder einem Nachfolger hatten überlassen müssen. In dieser Ecke, an einem der vornehmsten Plätze, war der alte Himmelmooser begraben; ein schwarzes Holzkreuz auf dem Hügel trug ein schlechtes Abbild des Erzengels Drachentöter, dessen Namen er getragen, und auf einem fast unleserlich gewordenen Zettel standen die Worte geschrieben: „Bis zur Errichtung eines Denkmals.“ Auf den Hügel selbst, in den Sänen, war ein Kreuz von Hagebutten gelegt und um dieses herum eine Reihe kleiner Wachskerzen gesteckt — die meisten schon erloschen oder dem Erlöschen nahe. Sie wären wohl schon längst in sich selbst verglommen oder vom Winde ausgeblasen worden,

hätte nicht eine sorgliche Hand ihrer sich angenommen, die Hand eines schwarzgekleideten Mädchens, das, an dem Hügel knieend, sie immer zu erhalten mußte, einen Rosenkranz in der Hand, dessen Korallen sie hin und wieder fallen ließ, indem sie halblaut murmelte und bat, daß Gott dem Toten die ewige Ruhe geben und das ewige Licht ihm leuchten lassen solle in Ewigkeit.

Das Mädchen hielt plötzlich im Gebete inne; denn in ihrer nächsten Nähe war ein schwerer, knagender Stutzer laut geworden und machte sie aufhorchen. Der Ton war so bestimmt und deutlich, als daß eine Täuschung möglich gewesen wäre; sie erhob sich daher und näherte sich dem Torbogen des Beinhauses, als es sich darin abermals zu regen begann und in dem Dämmerdunkel ihr ein Mann entgegentrat.

Es war Wildi, der in dem Beinhaus vor dem Altare auf dem Fußschemel der Betank gesessen war, weil er dort am besten vor den neugierigen Blicken der Kirchhofbesucher gesichert war und weil das Herz ihn getrieben hatte, den Mann im Grabe zu besuchen, mit dem er im Leben noch soviel zu besprechen gehabt, das er nicht mehr besprechen konnte.

„Nichts für ungut!“ sagte er im Herausreten. „Ich habe nicht gemerkt, daß ich da Dich finden werde; sonst hätt' ich Dir's schon eripart, mir noch einmal zu begegnen.“

„Brauchst Du nicht zu entschuldigen,“ entgegnete Engel bekommen. „Es freut mich, daß ich Dich an dem Orte finde, und weil wir doch einmal so zusammentreffen, wird es schon so sein müssen.“

„Du kannst wohl recht haben,“ entgegnete Wildi. „Aber seit ich aus Deinem Briefe weiß, wie Du gestimmt bist, will ich Dir nicht zur Last fallen. Ich will gleich gehen und Dich in Deiner Andacht nicht stören.“

Engel schwieg einige Augenblicke, als müßte sie sich über das, was sie sagen wollte, erst noch besinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Münchener Gasthofpersonal hat erklärt, sofort in den Straßen zu treten, wenn bis abends 6 Uhr noch Franzosen oder Belgier in den Gasthöfen sich befinden. Den Mitgliedern der Ueberwachungskommission, die in den „Bier-Jahreszeiten“ wohnen, wurde darauf von der Direktion eröffnet, daß sie den Gasthof zu verlassen haben. Das Personal hatte schon seit gestern früh den Franzosen jede Dienstleistung verweigert. Als die Franzosen versuchten, sich in andern Gaststätten Essen zu bestellen, wurden sie überall abgewiesen, sogar in einem italienischen Gasthaus. Sie kauften sich sodann ein Laib Brot, den sie im Gasthof miteinander verzehrten. An General Kollert in Berlin sandten sie einen telegraphischen Bericht.

Hamborn, 24. Jan. Die Arbeiter der Thyssenwerke haben die Arbeit wieder aufgenommen. Sie erhalten ihre Forderung der Freilassung Thyssens und der übrigen Verhafteten aufrecht.

#### Ein englisches Gutachten

London, 24. Jan. Nach dem „Daily Telegraph“ hat Bonar Law seine Rechtsberater um ein Gutachten über die Befehle des Ruhrgebiets erlucht. Die Antwort soll gewesen sein, daß die Befehle auf den Vertrag von Versailles nicht gestützt werden könne. — Bonar Law wird deswegen seine beobachtende Ruhe noch nicht verlieren.

#### Senator Borah gegen Harding und Hughes

Washington, 24. Jan. Senator Borah tabelt in einer öffentlichen Erklärung das schweigende und untätige Verhalten der amerikanischen Regierung gegenüber dem Vorgehen Frankreichs, das eine Gefährdung des Weltfriedens und eine Beleidigung der Menschheit sei. Es unterscheidet die Wilson von den zivilisierten Völkern, daß letztere gegen den besiegten Feind gerecht seien. Deutschland sei durch die von Wilson verkündeten Grundsätze bewogen worden, die Waffen niederzulegen, wodurch es sich hilflos machte. Damit habe Amerika auch bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Behandlung Deutschlands übernommen. Jetzt müsse man sehen, wie deutsches Gebiet überfallen und in vernichtendster, unarmherzigster Weise einer militärischen Macht ausgeliefert sei. Und trotzdem erhebe die amerikanische Regierung keinen Widerspruch. Es wäre das wenigste, was sie tun sollte.

Der Pariser „Neupost Herald“ glaubt, diese Erklärung Borahs werde einen wohlüberlegten Angriff des Kongresses auf die äußere Politik der Regierung einleiten.

## Neue Nachrichten

### Der Herr Dard

München, 24. Jan. Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung wiederholt ersucht, bei der französischen Regierung auf die Abberufung des Gesandten Dard hinzuwirken. — Dard spielte bekanntlich in den Spionagegeschichten, die zur Verheerung zwischen Berlin und München von Frankreich und Belgien gemacht wurden, eine schlimme Rolle.

#### Der Schandvertrag auf dem Scheiterhaufen

München, 24. Jan. Am Schluß der Reichsgründungsfeier der vaterländischen Verbände, die am Montagabend im Löwenbräukeller stattfand, zog der weitaus größte Teil der Besucher zum Königplatz, wo ein Scheiterhaufen errichtet und ein Exemplar des Versailler Vertrags mit den Worten: „Hier ist der Versailler Schandvertrag, seine Urheber haben den Vertrag gebrochen, er gilt nicht mehr“, ins Feuer geworfen wurde. Der Zug marschierte sodann nach der Maximilianstraße, wo die Polizei große Mühe hatte, die Menge von den „Bier-Jahreszeiten“ abzuhalten.

## Württemberg

Stuttgart, 24. Jan. Ruhrhilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, dem die christlichen Gewerkschaften, die deutschen Angestelltenvereine (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband weißlicher Angestellten usw.) und der Gesamtverband deutscher Beamten- und Angestelltenvereine angehören, erläßt einen Aufruf an seine Mitglieder um Unterstützungsbeiträge für die bedrängten Brüder im Ruhrgebiet. Die Gelder sind an die Stellen abzuliefern, an die die Gewerkschaftsbeiträge eingezahlt werden.

Die Sammlungen der Stuttgarter Zeitungen haben bereits hohe Erträge ergeben. Dem Stadtvorstand wurde von einer hiesigen Firma eine Million Mark übergeben.

Die Angestellten der Dalmierwerke in Untertürkheim haben einstimmig beschlossen, drei Prozent ihrer Januargehälter d. h. rund 3 Millionen Mark zur Unterstützung der bedrängten Volksgenossen im Ruhrgebiet zu spenden.

Franzosenboykott. Der Verband des Einzelhandels Groß-Stuttgart hat folgende Entschlieung gefaßt: Das maßlose Verhalten der Franzosen veranlaßt uns wiederholt, unsere Mitglieder aufzufordern, jede geschäftliche Verbindung mit französischen Firmen abzubrechen. Selbst Waren, die von Frankreich nur aus einer gewissen Zwangslage heraus bezogen werden mußten, dürfen in diesen sturmbelegten Tagen von unseren Gewährhabern unter keinen Umständen gekauft werden. Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, damit unsere Anordnung reiflos befolgt wird.

Stuttgart, 24. Jan. Neue Steuern. Dem Landtag ist der Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1922 zugegangen. In dem Notetat wird für die staatliche Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, für die bisher ein Staatssteuersatz von 5 Prozent vorgeschlagen war, mit Rücksicht auf die Geldentwertung ein Zuschlag von 400 Prozent vorgeschlagen. Infolgedessen ergibt sich eine Mehreinnahme von rund 435 Millionen Mark, wovon auf die Grundsteuer 195 Millionen, auf die Gebäudesteuer 24 Millionen und auf die Gewerbesteuer 226 Mill. Mark entfallen.

Der Bezirksbeamtenrat der Reichsbahn Stuttgart hat in einer Entschlieung scharfen Einspruch gegen das Verbieten des Einfalls im Ruhrgebiet erhoben.

Der Männerturnverein Stuttgart verzichtet trotz der fast vollendeten Vorbereitungen auf die geplanten Ausführungen aus der Festtage.

Bei den Notariatsgebühren ist der Zuschlag für Geschäfte, die die Bezirksnotare als öffentliche Notare verrichten, auf 500 im übrigen auf 300 Prozent festgelegt worden.

Stuttgart, 24. Jan. Wieder eine Fleischpreiserhöhung. Die Stuttgarter Metzgereiinnung hat die Fleischpreise entsprechend dem Ausschlag auf dem gestrigen Schlachthofmarkt mit sofortiger Wirkung wie folgt festgelegt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 1600 K. Rindfleisch 2. Güte

1400—1440 K. Rindfleisch 1. Güte 1000—1120 K. Rindfleisch 2. Güte 860—920 K. Kalbfleisch 1400—1440 K. Schweinefleisch 2400 K. Hammelfleisch (wie bisher) 1160—1180 K. Schaffleisch (wie bisher) 980—1040 K.

Mübringen a. F., 24. Jan. Eisenbahnunfall. Heute vormittag fuhr ein Güterzug auf zwei leerstehende Motorwagen auf, wodurch die beiden Wagen schwer beschädigt wurden. Ein Schaffner wurde im Gesicht leicht verletzt, der Wagenführer erlitt Querschnittungen am Fuß und an der Brust, ein Arbeiter wurde ebenfalls am Fuß leicht verletzt. Drei Personen erlitten leichte Verletzungen.

C. Fellbach, 24. Jan. Oberamtsfrage. Heute hat der Gemeinderat darüber zu entscheiden, ob die Gemeinde Fellbach dem Amtsbezirk Stuttgart oder dem Oberamt Waiblingen zufallen soll. Wie die Stimmung ist, wird der Anschlag an Waiblingen eine Mehrheit finden. Auch die Gemeinden Schmiden, Hofen und Kammelhäusen haben sich gleichfalls für Waiblingen entschieden, während Rotenberg, Uhlbach und Rohrafer für Ehlingen stimmen. Mühlhausen a. R. wird sich dem Oberamt Ludwigsburg anschließen.

Heilbronn, 24. Jan. In den Neckar. Am Montag abend haben zwei Personen, als sie über den eisernen Steg liefen, wahrgenommen, wie eine Person von der Badstraße aus beim Steg in den Neckar gesprungen ist.

Gmünd, 24. Jan. Straßenraub. Ein hier bedientes Mädchen wurde auf dem Rückweg von Hussenhofen von zwei Burischen überfallen, die ihr das Geld abzurufen wollten. Das Mädchen sich wehrte, wurde ihr die Geldtasche entzogen und sie selbst in das ziemlich tiefe Wehr geworfen. Zum Glück konnte sich das Mädchen am Schilf wieder aufs Trockene retten. Die Räuber waren verhaftet.

Freudenstadt, 24. Jan. Brand. Am Montag abend ist der Dachstuhl der Siederei des Hüttenwerks Friedrichstal und ein Teil des Formerraums durch Feuer zerstört worden. Die Freudenstädter Autospritze blieb beim Abrücken von der Brandstelle im Schnee stecken und mußte von 6 Pferden abgezogen werden. — In Wittenberg brannte, vermutlich infolge Brandstiftung, das Anwesen des Gemeindepflegers Kober nieder.

Chingen a. D., 24. Jan. Unterlehrer Viktor Sauter, jurzeit in Isny, Sohn des Direktors Sauter von hier, wurde vom Auswärtigen Amt zu einem vierwöchigen Kurs nach Berlin für den Auslandsdienst überufen.

Hauz, Orl. Reutkirch, 24. Januar. Im Schnee verhaftet. Als der 15jährige Johannes Egger nach hereingebrochener Dämmerung vom Elternhaus zu seiner Dienstherren zurückkehren wollte, löste sich bei der Rühhalde eine Schneemasse, die ihn erfaßte und über den sehr steilen, etwa 15 Meter langen, bewaldeten Hang zur Tiefe rief. Kirchgänger fanden am anderen Morgen den mit dem Oberkörper in den niedergestürzten Schneemassen stekenden jungen Mann tot.

### Ein Kruppischer Riesenprozeß

Vor der Essener Strafkammer hat vor 14 Tagen ein Riesenprozeß seinen Anfang genommen, dem Massen-diebstähle zugrunde liegen, die auf der Kruppischen Substanzfabrik verübt worden sind. Die Werte, die der Firma Krupp durch solche Diebstähle, bei denen gewöhnlich ungetreue Werksangehörige die Hand im Spiele haben, geraubt werden, belaufen sich alljährlich auf viele Millionen. In der Hauptsache ist es bei diesen Diebstählen auf die Spiralschneider und den Schnellstahl abgesehen, den sog. Kruppischen D. F. M.-Stahl, der als das Beste seiner Art überall bekannt und sehr begehrt ist. Auch in diesem Prozesse spielt der Kruppische Drehstuhl eine gewichtige Rolle. Bezeichnung für den Umfang, in dem in den letzten Jahren die Diebstähle bei der Firma Krupp ausgeführt worden sind, ist die Tatsache, daß zurzeit Materialien im Wert von 100 Millionen bei Krupp lagern, die als gestohlen beschlagnahmt worden sind. Erst in allerletzter Zeit sind in einem Fall für 7½ Millionen Mark Materialien, die aus solchen Diebstählen herrühren, wieder zur Stelle geschafft worden. In dem jetzt zur Verhandlung stehenden Prozesse gehen nicht weniger als 19 Angeklagte auf der Anklagebank. Es sind ehemalige Kruppische Werksangehörige und Händler. Die Angeklagten sind zum Teil in Essen, Dortmund und Hörde anläßlich der geräumigen Verhandlungssaal ist in ein Arsenal von Kruppischen Materialien und Fabrikaten umgewandelt. Ingehore Borräte an Spiralschneidern, Rohstahl, Bronze, Messing und Blei sind im Gerichtssaal in einem Gewicht von 100 Tonnern aufgestellt. Sie stellen einen Wert von 30 Millionen dar und sind aus den Diebstählen beschlagnahmt. Auch ein bekanntes großes Eisenhüttenwerk des Ruhrkohlengebiets hatte Materialien in größerem Umfang erworben, die später bei ihm beschlagnahmt worden sind. Die Dauer des Riesenprozesses ist auf mindestens einen Monat berechnet.

### Naturalwertrente

L. C. Nach den Plänen des Ministerpräsidenten Tanke n soll in Oldenburg veruchsweise der land- und forstwirtschaftl. Grundbesitz nach Qualität des Bodens in Klassen eingeteilt werden und jede Klasse zur Ablieferung einer für den Hektar fest bestimmten Naturalmenge verpflichtet sein. Die Veranlagung soll ohne Rücksicht auf die Art der Wirtschaft und auf die Tüchtigkeit des Wirtschafters erfolgen. Dieser Steuerplan greift zurück in die Urzustände aller Steuerewirtschaft. Jetzt, wo das Wirtschaftsgebilde am kompliziertesten ist, soll die primitivste Form der Steuererhebung ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Durchführbarkeit in Anwendung kommen. Mit diesen Plänen sollen sich sogar ernstlich Reichsbehörden befassen. Der Bauernstand wird diesem Plan alle Aufmerksamkeit schenken und verhindern, daß eine derartige Steuerform, die auf die Leistungsfähigkeit grundsätzlich keine Rücksicht nimmt, nicht zur Durchführung kommt.

### Allerlei

Eine verwidete Verwandtschaft. Im fürstlichen Hause Reuß j. L. verzeichnet der baltische Kalendar drei Ehescheidungen. Prinz Heinrich der Dreihundertzigste ließ sich von der Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen scheiden und Prinz Heinrich der Zweihundertzigste wurde von der Prinzessin Marie Adelheid zur Lippe geschieden, die den Bruder ihres Mannes, den Prinzen Heinrich den Fünfund-dreißigsten heiratete, dessen Ehe mit der Prinzessin von Sachsen-Altenburg geschieden wurde.

Das neuerbaute Friedrich-(Hof-)Theater in Dessau, das nach dem Brand des alten Theaters in der herzoglichen Residenz mit Hilfe des Herzogs neu erstellt wurde, wird am 1. Februar mit einer Aufführung der „Meisterfänger“ von Richard Wagner eröffnet.

Unbegreiflich. Der französische Major a. D. Dupic wohnte bei dem Villenbesitzer Gohn in Wiesbaden. Gohn wurde von Dupic fortwährend schikaniert, indem er verlangte, daß ihm immer mehr Wohnräume der Villa zur Verfügung gestellt werden, während der Besitzer Gohn sich mit den Dachkammern begnügen sollte. Als Gohn sich — es war im November v. J. — weigerte, weiteren Ansprüchen stattzugeben, geriet Dupic in eine zügellose Wut und er streckte den Gohn durch einen Revolvererschuß nieder; in seiner Bestürzung feuerte er auf den am Boden liegenden Gohn weitere fünf Schüsse ab, so daß dieser kurz darauf verschied. Die Beschwerden in Wiesbaden haben Dupic freigesprochen.

Kolopfer für die Kirche. Im Lauf einer Woche sind in Auerbach in Sachsen für die notleidende Kirche 2,5 Millionen Mark gesammelt und dem Dekanatsamt übergeben worden.

Die deutsche Handelsflotte. Von Hamburger Reedereien sind drei norwegische Dampfer von 3474, 3572 und 4375 Tonnen zum Gesamtpreis von 55 000 Pfund (3850 Millionen Mark) angekauft worden. — Der Norddeutsche Lloyd in Bremen nimmt seinen früheren Dienst nach Philadelphia und Baltimore am 7. März mit dem neugebauten Dampfer „Berta“ (6500 Tonnen) wieder auf. In dreiwöchigen Abständen werden die Dampfer „Eisenach“ und „Hameln“ folgen.

Die Folgen der hohen Straßenbahnkarisse. Die Dresdener Straßenbahnen haben, wie dies so üblich geworden ist, im letzten Halbjahr alle 14 Tage die Fahrpreise erhöht. Folge: im Juli 1922 wurden 12,9 Millionen Personen befördert, im August 12, im September 11,2, im Oktober 9,8, im November 7,6 Millionen. Im Dezember ist der Verkehr weiter gesunken, doch liegen genaue Zahlen noch nicht vor. Und im Januar wird die Frage der Betriebseinstellung erörtert.

Die Leipziger Straßenbahn hat die Fahrgebühren von 76 auf 150 Mark erhöht. Auch dieser Betrieb steht infolge stark verminderter Verkehrs vor der Frage der Stilllegung, wenn die Arbeitsdauer nicht erhöht werden kann.

Eine Aufsehen erregende Verhaftung. In einem Prozeß wegen des Raubmordes an dem Teppichhändler Reicher in Berlin wurde neulich ermittelt, daß ein Mitglied der in Betracht kommenden nationalen Verbrecherbande an einem 50 Millionen Diebstahl in einem Berliner Pensionat beteiligt ist. Die Untersuchung hat nun zu weiteren überraschenden Ergebnissen geführt. Kürzlich war an einem amerikanischen Kaufmann namens Nowak wieder in einem Berliner Pensionat ein Raubmord verübt worden. Die Täter, ein holländischer und ein englischer Staatsangehöriger, sind bereits verhaftet. Damit kam die Kriminalpolizei auf die Spur einer weitverzweigten Bande, die bereits eine ganze Anzahl von Raubmorden in letzter Zeit begangen hat, und zwar mittels parfümierter Chloroforms, mit dem die Opfer betäubt und getötet worden. Als einer der Hauptschuldigen wurde ein Dr. Stein verhaftet, der mit einer Frau Spanier verheiratet ist, die wegen des Mordes an Reicher schon lange in Untersuchungshaft sitzt. Die Spanier ist die Schwester des 50 Millionenräubers.

Brand. In Herbingen (Meinr.) ist das Lagerhaus der Chemischen Fabrik Weiler-ter-Meer niedergebrannt. Der Schaden wird auf 80 bis 100 Millionen Mark berechnet.

Eine Berliner Heimstätten-Gesellschaft hat mehrere Siedlungsgrundstücke an Ausländer verkauft. Das Siedlungsamt hat darauf in die Bedingungen für Staats- oder Gemeindebeiträge die Bedingung aufgenommen, daß Siedlungsgrundstücke oder Häuser nicht an Ausländer vermietaet oder verkauft werden dürfen. — Deutsche Siedlungsgelder für Ausländer, — höher geht's wohl nimmer.

Menschenfänger. In Zeulenroda (Thüringen) wurden mehrere junge Mädchen auf dem Heimweg von ihrer Arbeitsstätte im Wald von einem Automobil überholt. Pisklich hielt das Automobil an. Es sprangen drei Männer heraus, die die jungen Mädchen zu packen versuchten. Diese konnten entkommen und flüchteten in den Wald. Darauf wurde der Wald von den Automobilisten mit Scheinwerfern abgesehen. Die Mädchen hatten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Man vermutet, daß es sich um die bedrängten Mädchenjäger handelt, die seit den letzten Tagen Mitteldeutschland unsicher machen. — Wann wird eigentlich diesem hilflosen Zustand ein Ende gemacht?

Parfümierte Fahrtafeln auf der Straßenbahn. Die Verwaltung der Prager Elektrischen Straßenbahn beschloß, parfümierte Personen beiderlei Geschlechts von der Beförderung auszuschließen, da seitens des Publikums vielfach Beschwerden über die Unerträglichkeit der Parfümgerüche eingelaufen seien.

Polnische Räuber. Auf dem Bahnhof in Halle verhaftete die Polizei zwei mit Revolvern bewaffnete Kerle aus Polen, die einen schweren Koffer trugen. Im Koffer befanden sich Silbergegenstände im Wert von über 6 Millionen Mark vor, die in der Nacht zuvor in Raumburg bei einem Einbruch geraubt worden waren.

Schneestürme an der Riviera. Eine starke Kälteperiode hat das Land des „emigen Frühling“ in ein Polarland verwandelt. In der Nähe von San Remo geriet eine italienische Streife von 6 Soldaten in einen furchtbaren Schneesturm. Drei fand man in einer Hütte fast erfroren, der vierte war tot; zwei weitere werden vermißt.

Die Staatswohnung. In einer römischen Zeitung lesen wir: „Wieviel Miete zahlst du monatlich für deine Wohnung?“ — „Dreihundert Lire.“ — „Bogatel!“ — „Wieso?“ — „Natürlich! Denk doch einmal, wieviel die Regierung für zwei Kammern und ein Kabinett bezahlt.“

### Wetter-Bericht

Die Stürme dauern fort. Am Freitag und Samstag ist vielfach bedecktes, vorwiegend nachhaltiges Wetter zu erwarten.

### Unsere Brüder am Rhein

Brüder, ihr leidet graunvollen Mafes das deutsche Reid; Brüder, euch kleidet nichtlos, ein Bekkermantel, die Zeit.

Brüder, ihr leidet fragenden Auges, und blüdt doch blind — Brüder, es mehrt winterdunkel der Schicksalswind.

Brüder, ihr haltet steil den Blick in die Sterne gewandt, Brüder, es waltet immer noch Gott über deutschem Land.

Brüder, noch rauschet jornig in Ketten der alte Rhein — Brüder, lauschet: Einmal, o glaubt es, wird Frühling sein!

Franz Adika.

## Letzte Nachrichten.

### Frankreichs Maßnahmen im Ruhrgebiet?

Paris, 24. Jan. Ueber die endgültige Organisation, die die französische Regierung im Ruhrgebiet beabsichtigt, weiß die „Chicago Tribune“ folgendes zu berichten: 1. Zwischen dem besetzten Gebiet und Deutschland wird ein Kontrollkordon errichtet. Im Rheinland und im Ruhrgebiet wird eine neue Geldwährung eingeführt, die den Namen rheinischer Taler erhalten würde. 2. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland würden unter französische Kontrolle gestellt. 3. Die Besatzungsbehörden würden die Verantwortung für die Ernährung der Bevölkerung übernehmen. 4. Die Eisenbahnverbindungen und Wasserstraßen würden nur unter französische Kontrolle gestellt. 5. Es würde ein Generalgouverneur ernannt werden, der sowohl die Zivil- als auch die Militärverwaltung des Ruhrgebiets übernehmen würde. 6. Die Industrie des Ruhrgebiets würde unter

die Kontrolle der Besatzungsbehörden gestellt. 8. Die Kohlentransporte nach Deutschland würden in dem Maße abgebrochen, als die Reparationskohlentieferungen nicht erfüllt würden.

### Rücktrittsgerüchte über Poincaré.

London, 24. Jan. Der Pariser Korrespondent der „Times“ deutet an, daß die französische Öffentlichkeit das Treiben Poincarés nicht mehr länger ansehen werde. Auch der „Daily Telegraph“ rechnet mit einem baldigen Rücktritt Poincarés. Wie verlautet, wird die Leitung des „Figaro“ übernehmen.

### Im Mossul.

Sansanne, 24. Jan. In der zweiten Sitzung der territorialen Kommission lehnte Lord Curzon den türkischen Vorschlag auf Abhaltung einer Volksabstimmung über die Mossulfrage ab, Ismet Pascha dagegen die Anrufung einer Entscheidung dieser Frage durch den Völkerbund. Nichtsdestoweniger will aber Lord Curzon doch die Mossulfrage dem Völkerbund überweisen.

## Handelsnachrichten

Wachstum am 24. Jan. 21 1/2% (20 1/2%).  
1. Bld. Sterl. 99 001.80, 100 holl. Gulden 842 887.—, 100 Edm. Fr. 400 955.—, 100 franz. Fr. 139 151.—, 100 ital. Lire 102 742.—, 100 österr. Kr. 29.62, 100 russ. Rubel 100 348.—, 100 span. Mark 80.—.  
Täglicher Geldverkehr an der Berliner Börse gegen Hinterlegung von Dividendenpapieren 12 bis 15 Prozent, gegen Schwäbische 6 1/2 bis 8 Prozent.  
Ruhrbesetzung und Beanspruchung der Reichsbank. Nach dem Wochenanweis der Reichsbank vom 15. Jan. ist der Reichsbankkredit, nachdem die erste Januarwoche eine Entlastung der Anlagekonten gebracht hatte, in der zweiten Woche wieder stark in Anspruch genommen worden und zwar sowohl von der Reichsfinanzverwaltung wie von der privaten Geschäftswelt, was größtenteils auf feindliche Besetzung des Ruhrgebiets zurückzuführen ist. Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank hob sich in der zweiten Woche um 118,4 auf 1649,7 Milliarden Mark. Davon 81,2 Milliarden Mark auf Reichsbankanweisungen und 35,2 Milliarden Mark auf Handelswechsel.  
Der Banknotenumsatz zeigt demgemäß eine neue Steigerung um 101,3 auf 1437,8 Milliarden Mark. An Darlehenskassenscheinen wurden 46 Milliarden neu in Anspruch genommen.

## Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommen- und Kapitalertragsteuer für das Kalenderjahr 1922 sowie für die erste Veranlagung zur Vermögensteuer und für die Veranlagung zur Zwangsanleihe.

I.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet hinsichtlich der

### A. Einkommensteuer

1. alle im Finanzamtsbezirk wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche), wenn sie im Kalenderjahr 1922 ein steuerbares Einkommen von mehr als 40 000 Mark bezogen haben;
2. Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung auf Grund eines regelmäßigen Wirtschafts-(Geschäfts-)Abschlusses das Ergebnis eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres zugrunde zu legen ist;
3. Steuerpflichtige, die Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder über den Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft geordnete Bücher führen und deren Geschäfts- oder Betriebsgewinn unter Berücksichtigung ihres Geschäfts-(Wirtschafts-)Abschlusses zu ermitteln ist;
4. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirk Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben oder eine Erwerbstätigkeit ausüben.

### B. Kapitalertragsteuer

alle im Finanzamtsbezirk wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche), wenn sie im Kalenderjahr 1922 oder in dem in diesem Kalenderjahr endenden Wirtschafts-(Geschäfts-)Jahr, soweit es für die Einkommensteuerveranlagung an dessen Stelle tritt, bezogen haben

- a) Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schagwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt,
- b) Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen (insbesondere Dividenden, Zinsen von festverzinslichen Wertpapieren, von Darlehen, Hypotheken usw.) und zwar auch dann, wenn diese Anlagen zum Betriebsvermögen gehören.

Inhaber oder Mitinhaber der der Anschaffung und der Darlehnung von Geld dienenden Unternehmungen, die auf Grund des § 76 des Reichsstempelgesetzes angemeldet oder einer angemeldeten Unternehmung gleichgestellt sind, haben, soweit es sich um Erträge handelt, die der Unternehmung zugesprochen sind, nur die Erträge aus ausländ. Wertpapieren (insbesondere Dividenden, Anleihezinsen usw.) anzugeben

### C. Vermögensteuer und Zwangsanleihe

1. alle im Bezirk des Finanzamts wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche od. Nichtdeutsche);

2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Berggewerkschaften, nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Inland haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebes anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zweckvermögen,

wenn sie am Stichtag ein Vermögen von mehr als 200 000 Mark besitzen. Stichtag ist der 31. Dezember 1922; für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, tritt auf Antrag des Steuerpflichtigen, an den dieser auch für künftige Veranlagungszeiträume gebunden bleibt, der Schluß des letzten Wirtschafts-(Geschäfts-)Jahres.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (beschränkt Steuerpflichtige).

II.

Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Bordrucks im Laufe des Monats Februar 1923 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Bordrucke für die Steuererklärung können von Mitte Februar ab von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Das Finanzamt wird den ihm bekannten Steuerpflichtigen einen Bordruck von amtswegen zusenden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich (während der Sprechstunden) vor dem Finanzamt abzugeben. In Abschrift sind beizufügen unverkürzte Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnung und ferner bei juristischen Personen Geschäftsberichte, Niederschriften über Mitgliederversammlungen und ähnliche Belegstücke.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Bordrucks der Steuererklärung nicht abhängig.

Die Abgabe einer Steuererklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter A, B und C genannten Personen die Steuererklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Einkommen-, Kapitalertrag-, Vermögensteuer oder der Einnahmen aus Zwangsanleihe wird mit Geldstrafen bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer oder bis zum fünffachen Betrage der hinterzogenen Zwangsanleihe bestraft (§ 53 des Einkommensteuergesetzes, § 12 des Kapitalertragsteuergesetzes, § 33 des Vermögenssteuergesetzes, § 23 des Gesetzes über die Zwangsanleihe, §§ 359 ff der Reichsabgabenordnung). Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Den 23. Januar 1923.

Das Finanzamt.

Stadt Wildbad.

## Gasversorgung.

Wegen Arbeiten an der Gasleitung muß am 26. Januar die Gasleitung in der König-Karlstraße von nachmittags 2 Uhr bis 5 Uhr abgestellt werden.

Stadtbaumeister Wildbad: Munt.

## Diamant



keine Versandhausware



prima Qualitätsmarke sehr preiswert

## Fahrräder

Niedertage in Wildbad: Carl Tubach jr.

## Linden-Lichtspiele

Freitag abend 9 Uhr

Samstag nachmittags 4 Uhr und abends halb 9 Uhr

11 Akte! Das Riesen-Programm! 11 Akte!

## „FREIWILD“

Amerik. Sens.-Drama in 7 Akten. In der Hauptrolle die ber. amer. Darst. P. Dean

## „Die Stadt ohne Lachen“

Drama in 4 Akten.

Der Reinertr. dieser Vorstellungen wird d. Sammlg. f. Ruhrl. zugeführt.

## Der Allg. Bildungs-Verein Wildbad

veranstaltet als Neueinrichtung für die herangewachsene Jugend

Samstag nachmittags 5 Uhr

### 1) 12 Vorlese-Stunden:

Wunder d. Technik u. Wissenschaft; Großtaten hervorrag. Männer; Natur u. Kunst; Heimat; Sitten u. Gebräuche; Expeditionen nach fremd. Ländern u. d. Süd- u. Nordpol; Heiteres u. Ernstes a. d. Literatur usw. **Anfang Samstag, den 27. Jan.** altes Lebensmittelamt. Die ersten 2 Stunden, auch für Nichtmitgl. frei; die folg. 10 zus. 100 Mk. f. Nichtmitgl.

### 2) 12 Vorleseabende f. Erwachsene:

Erzählungen; Novellen; deutsche Gaue, bes. d. Ruhrgebiet; Reisebeschreibungen; Magnetismus, Spiritismus, Suggestion; aus alt. Tagen; Gesundheitspflege; Praktisches f. Haus, Hof, Garten; ein heiterer Abend u. and. **Anfang Montag, den 29. Jan., 8 Uhr** altes Lebensmittelamt. Die ersten 2 Stunden auch f. Nichtmitgl. frei; die folg. 10 zus. 150 Mk. für Nichtmitglieder. Mitglieder und deren Kinder haben gegen Vorzeigen ihrer Karte freien Zutritt.

Der Vorstand: Dr. WEIDNER.

## Gedenket der hungernden Vögel!

**Dixin** das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & Co., DUSSELDORF

## Emulsion und reinen Lebertran.

A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie.

Kaufe fortwährend:

Alt Gold, Silber,

und Edelsteine,

zu höchsten Tagespreisen.

G. Zinzer, Juwelier.

